

18. Nov. 1915.

*Neu. Bibl.*  
*zur Hauptversammlung*  
*18/11*

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Nischen.  
85. Jahrg. Wien, Donnerstag, 18. November 1915. Nr. 418.

Eine Rede des Bürgermeisters.

In einer vom Wählerverein des 17. Bezirkes für gestern einberufenen Versammlung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, stürmisch begrüßt, eine Rede, in welcher er ausführte:

Wenn ich als Bürgermeister das Wort ergreife, so drängt es mich von ganzem Herzen, den Wienern und Wienerinnen den Dank zu sagen, für die bewunderungswürdige Geduld und Opferwilligkeit, mit der sie die schwere Zeit durchhalten, für die Opfer, die sie bringen und vor allem muß ich den Hausfrauen danken, denn sie haben die größte Sorge und die schwersten Pflichten. Auch die Gemeindeverwaltung selbst ist in einer schweren Lage und auch sie bringt schwere Kriegesopfer. Auch die Gemeindeverwaltung hat nunmehr Aufgaben zu lösen, die nie gehabt, nie was uns gefordert wurden. Wir mußten die ganze Verwaltung den neuen Verhältnissen anpassen. Es sind Aufgaben an die Gemeinde heran getreten, die sie nie früher bewältigt hat, auch nicht zu bewältigen hatte. Ich glaube verpflichtet zu sein, daß ich allen Funktionären der Gemeinde, meinen Kollegen im Rathhaus, insbesondere dem Bezirksvorsteher dieses Bezirkes und allen, welche als Mandatäre und Beamte im Dienste der Bevölkerung stehen, meinen herzlichsten und aufrichtigsten Dank ausdrücke (Zustimmung) und meine Bitte befüge, daß sie als getreue Mitarbeiter des Bürgermeisters anhalten, um zu einem erfolgreichen Ende das Unsere beizutragen. (Zustimmung) Es hat mein Vorredner verschiedene Approvisionierungsfragen gestreift. Sie erlauben, daß auch ich zu der Approvisionierungsfrage übergehe, weil unter den Punkten, die der Redner zu berühren hat, die diejenige ist, die alle auf das tiefste bewegt, das Interesse der gesamten Bevölkerung von Tag zu Tag wächst. In früheren Zeiten haben sich tausende von befugten Geschäftsleuten mit dem Einkauf von Lebensmitteln befaßt. Nun jetzt ist es anders. Die gesamte Ernte ist vom Staate beschlagnahmt und freilich sowohl weder Frucht noch Mehl noch Hülsenfrüchte zu haben. Die Kriegesgetreideverkehrsanstalt disponiert. Der Bürgermeister muß bei dieser Anstalt ansprechen, was die Bevölkerung braucht und ist auf das angewiesen, was sie zuweist. Es wird Sie interessieren, welche Ziffern sich bereits in diesem Geschäft ergeben haben. Die Gemeinde hat bisher 6297 Waggon Mehl in Verkehr gebracht, d. s. 65,370.000 kg Mehl. Der Umsatz betrage mehr als 35 Mill. K nur in dem einen Artikel.

Der Bürgermeister erörterte sodann die Kartoffelfrage und dankte hierbei der Regierung, daß sie die erforderliche Zahl von Waggon zur Verfügung gestellt hat und fuhr fort: selbstverständlich hat die Gemeinde eine Reihe von anderen Artikeln gekauft und zwar haben wir uns immer bemüht, womöglich durch legitime Geschäftsleute die Waren in den Verkehr zu bringen. Die

Gemeinde Wien ist nur dort selbständiger Verkäufer aufgetreten, wo sie dazu genötigt war. Wir wählen lieber den ersten Weg, denn die Erhaltung des Mittelstandes über den Krieg hinaus halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben (Beifall). Wir wollen nicht, daß den blutgetränkten Schlachtfeldern ein wirtschaftliches Leben auf Wiener Boden folge; wir wollen, soweit es in unserer Macht steht, den Mittelstand, das Gewerbe, erhalten, damit immer er seine Existenz im Frieden wieder in vollem Umfange finden könne. Es ist auch das Kapitel zu berühren, das mein Vorredner berührt hat, das Schlagwort von Preistreibern der Kleinen. Wucher wird von mir stets bekämpft werden (Beifall) und Wucher bleibt Wucher ohne Rücksicht auf Stand und Konfession, ob er von Großen oder Kleinen betrieben wird; aber wenn ein paar Heller wurden Geschäftsleute eingesperrt, wenn ich die Besinnung des Wuchers nicht zutrauen möchte. ~~Wann Sie schon mal~~ daß ein großer Wucherer eingesperrt wurde? (lebhafter Beifall: Nein!) Das betrifft nicht nur Oesterreich-Ungarn sondern auch Deutschland. Nehmen Sie die Verhältnisse der Aktiengesellschaften zur Hand, was für Dividenden zahlen die im Kriegsjahre! Gesellschaften, welche im Frühen verkracht waren, zahlen jetzt 20 bis 30 % Dividenden und dabei ist ja die Dividende gar nicht der Ausdruck dessen was verdient wird, weil viel willkürlich in die Reserven geschoben wird, was sie verdienen und als es nicht wagen, den wahren Verdienst zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Ich möchte wissen, ob da vielleicht schon in unserem Finanzministerium, das sonst sehr eifrig Studien nach neuen Steuern macht, auch die Vorbereitungen für eine Kriegsgewinnsteuer schon getroffen sind (lebhafteste Zustimmung). Ich muß sagen, es berührt sehr traurig, wenn diese gewaltigen Kapitalmächte auch noch insofern von der Regierung interessiert werden, daß sie wie beim Zucker von der Regierung einen genehmigten hohen Preis erreichen, der jetzt wir schon in den Dividenden zum Ausdruck kommt. Wie schon früher gesagt droht die Sorge beim Lebensmittelgeschäft der Gemeinde nicht allein, wo und wie man einkauft sondern daß man sie lagert. Verschiedene Artikel vertragen sich die Lagerung. Man kann Frucht, Mehl lagern; wir haben zur Lagerung das neue Lagerhaus, das mit einem Kostenaufwande von 5 Millionen K erbaut wurde, es leistet die vorzüglichsten Dienste im Kriege. Die Donauregulierungskommission baut über Anregung der Gemeinde Speicher am Winterhafen, um ebenso dort Frucht und haltbare Artikel zu lagern. Wie steht es mit anderen Artikeln, deren Haltbarkeit nicht so groß ist wie Frucht und Mehl? Wie soll man Fleisch, Eier, Fette aufheben? Ich danke meinen Kollegen im Gemeinderat, daß sie sich kurz entschlossen haben, über meine Anregung ein großes Kühlhaus mit einem Kostenaufwande von 4 Millionen K zu bauen (Beifall). Das Kühlhaus wird im Jänner dem Verkehr übergeben werden und die Gemeinde wird in der Lage sein, auch Fleisch und

andere Lebensmittel aufzuspeichern; das Kühlhaus wird aber auch in Friedenszeiten weiterhin, eine wichtige Funktion betätigen, es kann zum Preisregulator werden. (Zustimmung.) In dem Kühlhaus werden 6 Millionen Kilogramm Fleisch gelagert werden können. Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, wie die Approvisionierungspolitik der Gemeinde durch den Krieg in ganz andere Bahnen gedrängt wurde und wie die Gemeinde Wien zielbewußt diese neuen Wege beschritten, keine Kosten gescheut hat, um den neuen Anforderungen des städtischen Verkehrs und dem Interesse der Zivilbevölkerung zu dienen. Wir haben nicht nur unsere Pflicht, soweit es in der Macht der Gemeinde liegt, in Bezug auf Approvisionierung erfüllt. Ich kann nur wünschen, daß die Regierung zu jenen Maßnahmen greift, welche die dauernde Approvisionierung Wiens während der Kriegszeit sicherstellen. Die Gemeinde hat ja nur in ihrem Gebiete Macht, außerhalb ihres Gebietes nicht. Wien ist kein Produktionsort, sondern ein Konsumort. Was in den Peripheriebezirken produziert wird, ist ein kleiner Bruchteil dessen, was zur Erhaltung der Bevölkerung notwendig ist. Wien mit seinen 2 Millionen Einwohnern ist auf die Einfuhr von außen angewiesen. Die Gemeinde Wien muß was zu haben ist, um es der Bevölkerung dienstbar zu machen. Wir müssen uns die Einrichtungen schaffen, um die Deponierung der Lebensmittel durchzuführen. Ich hege die Zuversicht, daß die Regierung sich ihrer Pflicht nicht entziehen wird, der kaisertreuen Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt ihre Sorge zuwenden. (Zustimmung)

Als wichtigste Aufgabe hat die Gemeinde zu trachten für diejenigen zu sorgen, die in die Front eingerückt sind und ihre Familie zurückgelassen haben. Der Bürgermeister erörterte hierauf die Invalidenversorgung nach dem bestehenden Gesetze und die Forderungen des Wiener Stadtrates in dieser Frage. Wir müssen trachten, sagte er, daß der Invalide soweit als möglich wieder arbeitsfähig gemacht wird, daß er wieder seinen alten Beruf nachgehen kann. Ich habe vorige Woche im 10. Bezirk die Prothosenchule des Professor Dr. Spitzky besucht und bin beruhigt ins Rathhaus zurückgekehrt. Was dort ärztliche Wissenschaft und technische Kunst leisten, ist ein Triumph des 20. Jahrhunderts, fast alle Gewerbe sind da vertreten und werden von Verkäufern gelehrt.

Nach Besprechung des Projektes der Errichtung von Kriegserheilmstätten im 21. Bezirk hob der Bürgermeister die Nothwendigkeit der Jugendfürsorge hervor, wobei er ausführte: Der männnerwürgende Krieg hat in die Generationen von 20 bis 40 Jahren Lücken gerissen, die wir solange wir leben, zu spüren haben werden. Lücken in der Intelligenz, in der Betkräft ~~an unserer Seite~~ Die Folge des Krieges ist, daß uns tausende Söhne und Brüder ~~des deutschen Volkes~~ in Oesterreich fehlen werden. Darum ist es unsere Pflicht, den aus dem Kriege Zurückgekehrten, eine mögliche Existenzsicherung zu gewähren, damit sie sich

erholen und vollwertige Bürger unserer Stadt werden. Wir sind unserem Volkstum schuldig, daß wir alles aufbieten, um den Kindern den Weg in die Zukunft zu öffnen, denn sie sind berufen, jene Lücken auszufüllen, die der Krieg gerissen hat. Darum halte ich jetzt für die größte und wichtigste Pflicht der Gemeindevverwaltung, für die Kinder des Volkes zu sorgen. Wir wollen nicht, daß der deutsche Stamm in Oesterreich an den Folgen dieses Krieges leiden soll; wenn wir gelitten haben, sollen unsere Enkel als freie Bürger auf freier deutscher Scholle stehen. (Großer Beifall) Der Dichtersöhne der Ostmark Robert Hamerling sagt an einer Stelle: „Die Quelle alles Menschenwohles ist die Liebe.“ So möge denn die Liebe wie ein Strom von Leben aus dem Rathhaus durch alle Straßen und Gassen strömen, möge die Liebe zu den Kindern Gemeingut aller Wiener und Wienerinnen werden. Und so wie sich die Gemeindevverwaltung und alle öffentlichen EM Korporationen mühen für das Kind zu sorgen, so rufe ich allen zu: Auf! Die Fahne flattere mit dem Leitwort: „Unsere Kinder, unsere Enkel wollen wir so behüten, betreuen und pflegen, daß wir ruhig dann ins Grab sinken können. Die Zukunft der Donausutschen und die Zukunft des deutschen Wien ist durch unsere Kinder und Enkel gesichert.“ (Stürmischer nicht endenwollender Beifall.)

Eröffnung eines Zander-Institutes Heute vormittags wurde vom Zweigverein Mariahilf in den Räumen des Klosters der Barbarzigen Schwestern in Jampendorf ein Zander-Institut eröffnet, das den zu ihrer Ausheilung in Wien weilenden Soldaten zugute kommen soll. Es wurde mit beträchtlichen Mitteln, die der Zweigverein nach kurzer Zeit des Bestandes angebracht, erstellt und heute der Benützung übergeben. Der Vizepräsident des Zweigvereines Bezirksvorsteher Dirnbacher begrüßte die zur Eröffnungsfest erschienenen Mitglieder und Gäste, insbesondere Excellenz Gräfin Czernin, Vizepräsidentin der Zentralleitung Frau Meissner-Diener, Frau Gräfin Pallfy und Oberstabsarzt Professor Dr. Spitzky. Der Vizepräsident dankte dem Gemeinderat Paulitschke, der die Anregung zur Erstellung dieses Institutes gegeben, sowie dem Kommandanten des Landwehr-Filial-Spitals Excellenz Ritter von Reutter, der bei der Verwirklichung dieses Gedankens tatkräftigste Unterstützung leistete. Ferner dankte der Vizepräsident dem General-Oberin des Klosters, die bereitwillig die Pflegegeschwestern und die Räume ihres Klosters, in dem gegenwärtig auch ein Spital für 44 Verwundete untergebracht ist, diesem Institute zur Verfügung gestellt hat. Er dankte auch noch f. e. g. hat Pfarrer Dominik Freyer für die vorgenommene feierliche kirchliche Einweihung dieser Stätte. Oberstabsarzt Prof. Dr. Spitzky und Regimentsarzt Primarius Dr. Fritzsche wandten sich in aufklärenden Worten über die Bedeutung des Zander-Institutes an die Versammelten; ihren Ansprachen folgte die Anwendung der verschiedenen Apparate an kranke Soldaten. Dieses Zander-Institut

*Kaufszins*

*Kaufszins*